

Seite 1 Elite bleibt unter sich?	Seite 2 Systemrelevant Drei Fragen – drei Antworten	Seite 3 Proteste in der Türkei	Seite 4 Es geht voran – GEW-Wissenschaftsoffensive! Fortsetzung auf Seite 5
Seite 5 Es geht voran – GEW-Wissenschaftsoffensive! Fortsetzung von Seite 4	Seite 6 Alles nur ein Frauenproblem?	Seite 7 GEW wirkt – ein Bericht aus Hamburg	Seite 8 Karrieresprungbrett oder Basis für Präkarität?



Foto: zpluz

**Aktuelle Sozialerhebung zeigt: Die Hochschulen bleiben weiter vielen verschlossen**

## Elite bleibt unter sich?

Seit 60 Jahren werden in regelmäßigen Abständen Studierende zu ihren Sozial- und Studienbedingungen vom Deutschen Studierendenwerk (DSW) befragt. Die 2012 durchgeführte und letzten Juni veröffentlichte 20. Sozialerhebung wurde von vielen schon ungeduldig erwartet. Ergeben hat sie jedoch wenig Neues. Und vielleicht ist gerade dies das Erschreckende. Denn vielen Willensbekundungen und „Bildungsrepublik“-Floskeln zum Trotz ist es nicht gelungen, die Hochschulen sozial zu öffnen. Warum nicht?

AbiturientInnen nehmen immer früher ein Studium auf. Das ist die einzige wirklich neue Erkenntnis seit der letzten Umfrage von 2009. Kaum verwunderlich, denn verbunden mit der Einführung des Abiturs nach der zwölften Klasse und der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht gönnen sich mehr als ein Drittel der AbiturientInnen maximal drei Monate Pause zwischen Schule und Hochschule. 2003 war dies noch gerade ein Viertel. Zielstrebigkeit scheint hier Pflicht zu sein. In unserer nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ge-

stalteten Ellenbogengesellschaft fällt man ohne schnellst- und höchstmöglichen Bildungsabschluss hinten herunter. Das scheint inzwischen die Empfindung ganzer Kohorten zu sein. Dazu passt, dass sich immer weniger Studierende trauen, den Studiengang zu wechseln. Das taten bei der DSW-Erhebung 2012 nämlich nur noch 17 statt vorher 19 Prozent.

### Auslese nach elterlichem Status

Auf den Studierenden lastet ein enormer Leistungsdruck. Der Wettbewerb um den besten Abschluss

beginnt jedoch bereits früher. Bis heute wurde versäumt, die soziale Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu erhöhen und die frappierende Abhängigkeit von Herkunft und (Aus-)Bildungserfolg zu beseitigen. Kinder von AkademikerInnen nehmen derzeit mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent ein Studium auf. Bei Kindern von Nicht-AkademikerInnen sind es nur 23 Prozent.

Von hoher Bedeutung hierbei ist, wie schon seit jeher, die Ausgestaltung der Studienförderung. Aufgewachsen in einem Umfeld, das von Anfang an finanziell schlecht ausgestattet ist, überlegen sich junge Menschen sehr gut, ob sie ein drei- bis fünfjähriges Studium aufnehmen, wenn die finanzielle Situation ungewiss ist und zum Ende hin zehntausend Euro Schulden – so die aktuelle BAföG-Regelung – einen unbeschwernten Start ins Berufsleben vermiesen. Damit einher geht die Pflicht zur Einhaltung der Regelstudienzeit, nach deren Ablauf auch die Förderung nach BAföG im Regelfall wegfällt.

### Zu wenig Förderung

Auch in ihrer Höhe ist die Förderung alles andere als bedarfsdeckend. Laut DSW mussten Studierende zum Befragungszeitpunkt 909 Euro monatlich zur Finanzierung ihres Lebens ausgeben. Der BAföG-Höchstsatz beträgt im Normalfall jedoch höchstens 670 Euro. Das macht deutlich, dass Studierende, deren Eltern nicht in der Lage sind, zusätzliche Unterstützung aufzubringen, vor existenziellen Problemen stehen. Die meisten, insgesamt 63 Prozent aller Studierenden, müssen deshalb neben dem Studium arbeiten. Zusätzlich hat sich die Anzahl der Studienkredite um ein Prozent erhöht. Die Kreditsummen sind dabei sogar um deutlich mehr als 20 Prozent gestiegen. Als weitere Stütze der Studienförderung wird gemeinhin das Stipendiensystem genannt. Dazu zählen neben dem Deutschlandstipendi-

um auch die zwölf Begabtenförderwerke. Knapp 244 Mio. Euro hat die Bundesregierung hierfür im Haushalt 2013 bereitgestellt. Dieses Geld kommt rund vier Prozent der Studierenden zu Gute. Für die StipendiatInnen wird damit fast ein Drittel der Summe ausgegeben, die von Seiten des Bundes für das BAföG vorgesehen ist – von dem immerhin ca. 18 Prozent der Studierenden abhängig sind. Dass Stipendien eher denen nützen, die es eigentlich gar nicht nötig hätten, wurde bereits oft genug diskutiert. Hier leistet sich der Staat Elitenförderung auf Kosten aller. Erwerbstätigkeit, aber auch andere Gründe wie etwa Kinderbetreuung führen dazu, dass 22 Prozent aller Studierenden weniger als 25 Stunden wöchentlich zum Studieren kommen. Sie befinden sich also in einem de-facto-Teilzeitstudium. Offiziell sind dagegen nur vier Prozent in einem Teilzeitstudien-gang eingeschrieben. Die flächendeckende Einführung von Teilzeitstudienangeboten könnte einige Probleme lösen, die mit sozialer Ausgrenzung an Hochschulen zu tun haben.

### BAföG rauf – Hochschulen öffnen!

Fest steht, dass entgegen vollmundiger Beteuerungen aus der Politik unser Bildungssystem hochgradig selektiv ist. Die Parole „arm bleibt dumm, reich studiert“ erhält so bittere Bestätigung. Politische Maßnahmen wie Vergrößerungen des Stipendienangebots oder zusätzliche Ratgeber zu Bildungskrediten bestätigen diesen Trend und verschärfen die derzeitige Situation zusätzlich.

Wir brauchen andere Konzepte der Studienfinanzierung. Das BAföG in seiner jetzigen Form vermag entgegen aller Beteuerungen den genannten Trend nicht umzukehren. Die GEW formulierte schon vor Jahren die Forderung, das BAföG zu einem elternunabhängigen Studienhonorar umzugestalten. Dass diese Forderung nichts an Aktualität eingebüßt hat, macht die neue Sozialerhebung einmal mehr klar. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Länder die Problematik nicht verkennen, sondern die tatsächlichen Ursachen der sozialen Selektion an Hochschulen endlich einmal abstellen.

Marius Klein ist aktiv im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Sachsen

Kommentar zum Ausgang der Bundestagswahl

# Systemrelevant

**Bizar: Die Kanzlerin verliert ihre Mehrheit im Bundestag und sieht sich mit einer parlamentarischen Mehrheit der bisherigen Opposition konfrontiert – wird aber als Wahlsiegerin gefeiert. So geschehen nach der Wahl des 18. Deutschen Bundestages. Zum zweiten Mal nach 2005 gibt es im Bundestag eine rot-rot-grüne Mehrheit, aber auch diese wird voraussichtlich wieder nur eine rechnerische Mehrheit bleiben.**

Wer die Wahlprogramme von SPD, Linken und Grünen studiert, wird zu dem Schluss kommen, dass die rot-rot-grüne Mehrheit mehr als ein nur rechnerisches Potenzial hat. Es gibt eine große inhaltliche Schnittmenge – gerade auch in der Bildungs- und Hochschulpolitik. Eine Schule für alle, Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung, Stärkung der bildungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes durch Aufhebung des Kooperationsverbots, Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen, Weiterentwicklung des BAföG, Verhinderung von Studiengebühren – all das sind Vorschläge, die sich in allen drei Wahlprogrammen finden und zudem den GEW-

Forderungen zur Bundestagswahl entsprechen.

Doch warum wird aus der rechnerischen Mehrheit für Rot-Rot-Grün keine politische Mehrheit für eine Regierungskoalition? Das hat zunächst damit zu tun, dass wir noch keine gesellschaftliche Aufbruchstimmung für ein rot-rot-grünes Reformprojekt haben. 2005 entsprach der rot-rot-grünen Mehrheit im Parlament eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für SPD, Linke und Grüne. 2013 ist die Mehrheit dem hohen Anteil von Stimmen, die der Fünf-Prozent-Klausel zum Opfer fielen, zu verdanken: für die FDP, die AfD und weitere „sonstige“ Parteien – insgesamt über 14 Prozent der Stimmen.

Hinzu kommt: SPD und Grüne mussten im Wahlkampf gegen Ergebnisse der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) ankämpfen. Nicht nur Agenda 2010 oder die Rente mit 67, sondern auch die Etablierung eines Niedriglohnssektors und die Deregulierung der Finanzmärkte sind auf rot-grünem Mist gewachsen, in der Wissenschaftspolitik haben Strukturenentscheidungen wie die Exzellenzinitiative oder die Reform des Zeitvertragsrechts aus der Amtszeit

von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) bis heute fatale Auswirkungen. Es gibt also schlicht ein Glaubwürdigkeitsproblem für beide Parteien, das sich noch vertiefen würde, wenn sich eine der beiden Parteien auf eine Koalition mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einlässt.

## Am Ball bleiben

Auf der anderen Seite ist der Bundeskanzlerin zugute zu halten, dass ihre Regierung zwar mit dem Betreuungsgeld oder der Einführung des Deutschlandstipendiums auf Kosten der überfälligen BAföG-Erhöhung substanzielle Fehlentscheidungen zu verantworten hat, aber der befürchtete Kurswechsel hin zu einer offen neoliberalen Politik ausblieb – ein Grund für das Scheitern der FDP, die unverhohlen für eine Verschärfung des Bildungs- und Sozialabbaus stand. Viele Menschen hatten am Ende das Gefühl: Unter Schwarz-Gelb geht es uns zumindest nicht schlechter als unter Rot-Grün oder Schwarz-Rot.

Auch die unionsregierte Regierungskoalition erwies sich als druckempfindlich. Die GEW-Kampagne für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft (Templiner

Manifest) führte im Juli 2013 zu einem beachtlichen Beschluss der schwarz-gelben Bundestagsmehrheit, in dem wichtige Impulse der GEW-Initiative für den „Traumjob Wissenschaft“ aufgegriffen wurden: Mindestvertragslaufzeiten für Zeitverträge oder dauerhafte Berufsperspektiven neben der Professur. In ihrem gemeinsamen Wahlprogramm sprechen sich CDU und CSU explizit für den Abbau von Befristungen im akademischen Mittelbau und ein „Förderprogramm für verlässliche Karrierewege an Hochschulen“ aus. Papier ist geduldig – das Wahlprogramm ist noch nicht umgesetzt und der Bundestagsbeschluss hat größtenteils appellativen Charakter. Auf der anderen Seite ist es bemerkenswert, dass das konservative, teils wirtschaftsliberale Programm der Unionsparteien progressive Tüpfel gerade an der Stelle aufweist, wo die GEW eine intelligente gewerkschaftliche Kampagne betrieben hat.

Ein weiteres positives Beispiel ist der erfolgreiche Widerstand gegen Studiengebühren in den Ländern. Auch CDU-geführte Regierungen trauen sich nicht mehr, die Campus-Maut wieder einzuführen, der bayerische Ministerpräsident Horst

Seehofer (CSU) stellte sich am Ende gar an die Spitze der Bewegung gegen Studiengebühren. Studiengebühren können zum Wahlkampfthema werden, Wahlen können an den Hochschulen gewonnen, aber auch verloren werden. Das ins Bewusstsein der Politik gebracht zu haben, ist das eigentliche Verdienst der von Studierenden und Gewerkschaften organisierten Bewegung gegen Bildungsgebühren.

An den Hochschulen gibt es über 600.000 Beschäftigte, an den Schulen über 800.000 Lehrerinnen und Lehrer, hinzu kommen Erzieherinnen und Erzieher, Weiterbilderinnen und Weiterbilder, und nicht zuletzt Millionen Studierende, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern. Wenn wir alle gut zusammenarbeiten und durchdachte Kampagnen für eine zukunftsfähige Bildungspolitik organisieren, brauchen wir uns auch vor einer unionsgeführten Bundesregierung nicht zu fürchten. Denn auch sie wird dann spüren: Nicht Banken, sondern die Bildung ist systemrelevant.

*Dr. Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*

Interview mit Achim Meyer auf der Heyde, DSW

# Drei Fragen – drei Antworten

**Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW), nimmt im Interview mit der read.me-Redaktion Stellung zur DSW-Sozialerhebung**

1. *read.me:* Was sind die drei wichtigsten Forderungen, die das Deutsche Studentenwerk aus den Ergebnissen

der neuen DSW-Sozialerhebung ableitet?

*Achim Meyer auf der Heyde:* Erstens: Das BAföG muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Unabdingbar sind die regelmäßige Anpassung der Sätze an Preise und Einkommen und die Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten. Denn rund 200.000 Studierende der unteren Mittelschicht können

nicht hinreichend von den Eltern unterstützt werden, das zeigt die Sozialerhebung. Zweitens: Die soziale Infrastruktur des Studiums befördert den Studienerfolg und den Hochschulzugang. 50 Prozent der Wohnheimbewohner haben maximal 670 Euro im Monat zur Verfügung und gehören damit dem unteren Einkommensquartil an. Sie können trotzdem studieren,

weil sie im Wohnheim geringe Mieten zahlen. Die Zahl der Wohnheimplätze hält seit langem nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen. Hier müssen Bund und Länder gemeinsam handeln, wie sie es auch bei den Hochschulpakten tun. Das gilt auch für die Hochschulgastronomie der Studentenwerke. Drittens: Die Auslandsmobilität stagniert trotz Bologna bei 30 Prozent und hängt zudem von der Herkunft ab. Hier benötigen wir mehr Erasmusstipendien, um Chancengleichheit herzustellen.

2. *Was hat Sie an den Ergebnissen der Erhebung am meisten überrascht?*

Sie ist vergleichsweise unspektakulär, bietet der Politik aber wichtige Hinweise: Die Abschaffung der Studiengebühren hat sich positiv ausgewirkt, das sieht man am Rückgang der kontinuierlichen Erwerbstätigkeit bei Studierenden aus Nichtakademikerhaushalten. Auch scheint die Reform des Bologna-Prozesses zu greifen: Die zeitliche Belastung der Studierenden ist leicht zurückgegangen. Allerdings gibt es noch Optimierungsbedarf bei der gegenseitigen Anerkennung von Studienleis-



Foto: gew

tungen bei Hochschulwechsel und Auslandssemestern.

3. *Die Figur des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“ bezeichnete einmal jene Merkmale, mit denen man bis in die 1960er Jahre besonders schlechte Chancen im Bildungssystem hatte. Wer hat heute besonders schlechte Chancen bei Hochschulzugang und Hochschulstudium?*

Zugespielt: der Junge mit Migrationshintergrund aus einem städtischen Problembezirk. Das deutsche Schulsystem produziert jährlich 20 Prozent junge Menschen ohne Schulabschluss, sie haben kaum Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Unsere 20. Sozialerhebung zeigt: Kinder aus Akademikerfamilien haben klar höhere Chancen, es zur Hochschule zu schaffen, als Menschen aus bildungsfernen, tendenziell einkommensschwächeren Haushalten. Wir müssen daher die Förderung und die Durchlässigkeit im Schulsystem bis zur Hochschule stark verbessern.



Foto: plusz

Queerverbindungen zu sozialen Bewegungen als gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe?

# Proteste in der Türkei

Sie sind viele und vielfältig – das ist die Stärke der Proteste in der Türkei. Eine große Gruppe zu sein und dennoch ein bunter Haufen, macht die öffentliche Versammlung aus. Von einem Regime, das den politisch diktierten Sozialkahltschlag durchsetzen will und sich dafür der politischen Debatte entzieht, wird ihnen das Versammlungsrecht bestritten.

Neben schmerzhaften Erfahrungen machten die Menschen beim Protest auf der Straße auch positive: solidarisch zu sein ohne identisch sein zu müssen und damit den Anspruch geltend zu machen, dass sich die Menschen in ihrer Verschiedenheit als Gleiche öffentlich versammeln. Die read.me-Redaktion hat in der Türkei Umut Görner und Ömer Akpınar aus der LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bisexual und Trans) interviewt, von der oft nur wenig berichtet wird. Sie sind in Ankara in der „Gay and Lesbian Cultural Research and Solidarity Association (Kaos GL)“ aktiv.

*read.me: Wie würdet Ihr das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und der LGBT-Bewegung, die sich gegen heteronormative Zwänge und*

*für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen einsetzt, beschreiben?*

Ömer: Beide brauchen sich gegenseitig. Die Unterdrückung von LGBTs wirkt auf den Rest der Gesellschaft zurück und macht ihn unfrei. Wir sind zusammen im Kampf um unsere eigenen Rechte und um die Rechte anderer, weil diese für unsere Freiheit ebenso wichtig sind. Es gibt in der Türkei kein Anti-Diskriminierungsgesetz für homo- oder transsexuelle Menschen. Der Schutz von Arbeitnehmerinnenrechten ist ein wichtiger Faktor im Kampf um LGBT-Rechte.

*Wie tragen die Gewerkschaften zu eurer Arbeit und wie tragt Ihr zu Ihrer bei?*

Ömer: Ihre und unsere Arbeit sind nicht so leicht voneinander trennbar. Wir haben erst vor kurzem zwei gewerkschaftsspezifische Arbeitsgruppen gegründet. Eine versucht Einfluss auf Arbeitsbedingungen zu nehmen und steht allen Gewerkschaftsmitgliedern offen, die sich für LGBT-Rechte interessieren. Die andere beschäftigt sich mit Heterosexismus in der Erziehung und arbeitet zusammen mit Eđitim Sen, der türkischen Bil-

dungsgewerkschaft. Seit 2009 bieten wir auch regelmäßig Menschenrechtstrainings an.

Umut: Es gibt in Gewerkschaften LGBTs, die offen damit umgehen, dass sie sich als LGBT definieren. Es gibt aber bisher keine spezifischen Gewerkschaftsgruppen, die sich mit deren Diskriminierung auch am Arbeitsplatz beschäftigen.

*Haben die Proteste Euer Verhältnis zu den Gewerkschaften verändert?*

Ömer: Der Widerstand hat geholfen die meisten Tabus los zu werden. Viele Menschen sind während der Proteste mit LGBTs in Berührung gekommen, als Transmenschen die Türen ihrer Häuser öffneten, um die Flucht vor Polizei und Tränengaswolken zu ermöglichen. Die Bewegung hat sich mit ihrer Präsenz als vertrauenswürdig und beständig erwiesen.

Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen euch viel Erfolg in den sozialen Kämpfen vor Ort!

*Das Interview führte Lina Render vom Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Hessen.*



Fotos: zplus

„Wir sind zusammen im Kampf um unsere eigenen Rechte und um die Rechte anderer, weil diese für unsere Freiheit ebenso wichtig sind.“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach dem Düsseldorfer Gewerkschaftstag

# Es geht voran – GEW-Wissenschaftsoffensive!



Vom 12. bis 17. Juni 2013 fand in Düsseldorf der Gewerkschaftstag der GEW statt. Und der beschloss Vielversprechendes: Mit dem Aktionsprogramm zur Umsetzung des Templiner Manifests ([www.templiner-manifest.de](http://www.templiner-manifest.de)) ruft der Gewerkschaftstag eine Wissenschaftsoffensive auf den Plan. Die GEW ist dazu aufgerufen, Aktivitäten zur Gewinnung von Mitgliedern an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu intensivieren sowie den Aufbau und die Unterstützung von GEW-Hochschulgruppen zu unterstützen. Auf die Umsetzung dieses rundum guten Beschlusses der GEW-Wissenschaftsoffensive sind auch wir Studierende gespannt.

Auf dem Gewerkschaftstag waren sich alle einig: Es ist ein positives Zeichen, dass der einstmalige Trend zu allgemeinen Studiengebühren politisch gestoppt und gekippt werden konnte (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe dazu). Wenn die meisten Länder auch nach wie vor über mehr oder minder versteckte Gebühren wie etwa Verwaltungsbeiträge verfügen, so zeigt diese Entwicklung dennoch, dass es ein Bewusstsein für die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems gibt, auf dessen Basis sich eine politische Kampagnenarbeit organisieren lässt. Von offensichtlichen und verdeckten Studiengebühren abgesehen, gibt es aber noch eine ganze Reihe anderer Faktoren, die zur sozialen Selektivität

der Hochschule beitragen. Weder ist z.B. der Hochschulzugang so geregelt, dass alle Studienberechtigten auch Zugang erhalten, noch dass alle Bachelorstudierenden auch auf einen Masterplatz bauen könnten.

### **Gemeinsam gegen Studiengebühren und Selektion: Hochschulen sozial öffnen**

Über die Tatsache, dass sich auch nicht jeder ein Studium finanzieren kann und das BAföG die Finanzierung nicht ganz deckt, können auch solche PR-Aktionen wie ein paar Deutschlandstipendien nicht hinwegtäuschen. Und beispielsweise die Büchergelderhöhung für StipendiatInnen der Begabtenförderung, die größtenteils sowieso nur denen zu Gute kommt, die bereits über einen großen Etat verfügen, wirkt demgegenüber wie blanker Zynismus. Auch eine soziale Infrastruktur, die sicherstellen soll, dass Studierende – gerade zu Beginn eines Studiums – an der Hochschule nicht untergehen, sondern im Studium aufgehen und ihre Potenziale gut entfalten können, ist an vielen Hochschulen nur unzureichend ausgeprägt.

Mit einem umfassenden Antrag hat die GEW eine solide Position für die soziale Öffnung der Hochschulen beschlossen. Die hochschulpolitischen Kämpfe gegen Selektionsmechanismen im Hochschulbereich werden an diesem Beschluss ohne Zweifel gut anknüpfen können. Man muss kein Prophet sein, um sich denken zu

können, dass man schon im Herbst, wenn uns die Hochschulen das nächste Zulassungschao bescheren, auf diese Forderungen wird zurückgreifen können – und müssen.

Den eigentlichen politischen Coup landete der Düsseldorfer Gewerkschaftstag indessen mit dem Bekenntnis der GEW zum politischen Streik und Generalstreik als „gewerkschaftlichem Kampfmittel“. Mit diesem Antrag wurde zwar nicht der weitergehende Antrag von uns Studierenden angenommen, mit dem wir den politischen Streik in der Satzung verankern wollten, aber die politische Position wurde klar festgelegt.

### **Der politische Coup: GEW bekennt sich zum politischen Streik**

Die GEW knüpft damit an Entwicklungen aus den sozialen Kämpfen an. Dabei dürfte nicht nur der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass andere Gewerkschaften, wie z.B. die IG BAU, das Thema politischer Streik bereits in der Satzung berücksichtigt haben. Auch der lebendige Bericht des Kollegen der türkischen Schwestergewerkschaft und der Blick auf die Krise und die Entwicklungen in anderen Ländern dürften den Anwesenden auf dem Gewerkschaftstag die Aktualität des Themas ins Bewusstsein gerufen haben. Oder wie ein Kollege auf dem Gewerkschaftstag formulierte: „Wenn es so weiter geht, werden wir irgendwann sowieso nicht mehr um den politischen Streik umhin

kommen.“ Umso besser für die GEW, dass sie ihn aktiv als politische Position beschlossen hat.

### **Gemeinsam mit der Zivilklauselbewegung: Hochschulen auf den Frieden verpflichten!**

Auch eine friedenspolitische Positionierung fehlte in Düsseldorf nicht. Mit einem Antrag „Für Zivilklauseln in Satzungen und Leitbildern aller Hochschulen und in Landeshochschulgesetzen“ setzt die GEW konsequent Positionierungen fort, die sie in den letzten Jahren entwickelt hat. Nachdem Rüstungsprojekte an den Hochschulen in den letzten Jahren zugenommen haben und die Bundeswehr ebenso an die Universitäten drängt, wie sie mittlerweile auch an Schulen Präsenz zeigt, wurde die Forderung nach mehr Zivilcourage der Hochschulen laut. Eine formale Gestalt nimmt diese in den benannten „Zivilklauseln“ an. Unter einer Zivilklausel versteht man die Verpflichtung der Hochschulen zu einer friedlichen und zivilen Forschung und Lehre. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Hochschulen, die über Zivilklauseln verfügen. Einige haben sie bereits vor einiger Zeit beschlossen, andere kamen durch die Aktivitäten der bundesweiten Zivilklauselbewegung, das Engagement von Arbeitskreisen vor Ort und entsprechende Abstimmungsergebnisse kürzlich hinzu. Es ist gut, dass die GEW, nachdem sie sich mit der Publikation „Einsatz im Klassenzimmer“ bereits für

Schulen als „bundeswehreffreie Zonen“ stark gemacht hat, sich nun mit diesem konsequenten Beschluss auch gegen die Militarisierung der Hochschulen wendet.

So offen für studentische Mitglieder und deren politische Belange, wie sie es heute ist, war die GEW nicht immer. Und nicht immer stand die einstmalige Lehrgewerkschaft, die sich auf den Weg zur Bildungsgewerkschaft begeben hat, für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik. Im Jahr 1974 beschränkte die GEW durch einen eigenen Beschluss die Mitgliedsrechte der Studierenden. Aus der Angst heraus, dass durch die Studentenbewegung der 1960er Jahre politisierte Studierende in die GEW strömen und diese politisch instrumentalisieren könnten, machte man aus ordentlichen studentischen Mitgliedern außerordentliche. Immerhin knapp zehn Jahre dauerte es, bis sich diese Bedenken wieder zerstreuten. Auf dem Gewerkschaftstag 1983 wurde endlich der Beschluss gefasst, den Studierenden wieder volle Mitgliedsrechte einzuräumen. Nach und nach baute die GEW eine Studierendenarbeit an den Hochschulen auf und sicherte die nachhaltige Unterstützung der Studierendenarbeit durch eine entsprechende Unterstützung beim GEW-Hauptvorstand.

### **Studierendenarbeit im Blick**

In der Tradition der Stärkung der Studierendenarbeit steht der aktuelle Beschluss eines Antrags des Bundesausschusses der Studentin-

• Düsseldorf



nen und Studenten in der GEW (BASS). Wenngleich der Antrag in einer veränderten Fassung angenommen wurde, sind darin wesentliche „Anforderungen an ein unterstützendes Umfeld für erfolgreiche GEWerkchaftliche Studierendearbeit“ beschlossen worden. Der Antrag zielt auf die Übersetzung von Strategien neuer gewerkschaftlicher Organisationsarbeit in Bereichen, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad bisher nicht sehr ausgeprägt ist und in denen zugleich prekäre Beschäftigungsbedingungen bestehen.

Die Studierendearbeit wird dabei als ein Vorfeld der verschiedensten späteren Berufe begriffen, aber eben ohne sie als bloße Vorfeldarbeit zu verstehen. Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass gewerkschaftliche Studierendearbeit nur wirklich erfolgreich sein kann, wenn sie auch am unmittelbaren Arbeitsumfeld der Studierenden anknüpft. Die Qualifizierung von Aktiven durch Studierendenseminare, die nachhaltige Organisierung von Studierenden und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen wurden deshalb vom Gewerkschaftstag als Ziel beschlossen.

Ins bunte Bild geführt wurde der Generationenwechsel auch bereits auf diesem Gewerkschaftstag: Bei einem Antrag zur Organisationsentwicklung ließen Junge GEW und BASS es sich nicht nehmen, an einem Strang zu ziehen und gemeinsam vor die Versammlung zu treten um eine stärkere Beteiligung junger Gewerkschaftsmitglieder in

den Strukturen der GEW einzufordern. In diesem Rahmen wurde eine Broschüre mit „Prüfsteinen zur Beteiligung“ in die organisationspolitische Debatte eingebracht. Der Generationenwechsel ist demnach für uns nicht dann geschafft, wenn es ausreichend pressewirksame Veranstaltungen für junge GEWlerinnen und GEWler gibt und auf Bundesebene kontrolliert wird, ob jeder Landesverband seine „Hausaufgaben“ ordnungsgemäß erledigt hat.

Der Generationenwechsel bedeutet weit mehr. Er bedeutet, dass sich die GEW für eine Beteiligung der Jungen in ihren Strukturen öffnen muss und diese entscheiden können, mit welchen Themen sie sich beschäftigen und welche Inhalte sie setzen. Er muss die demokratische Entscheidung an der Basis bestärken und unterstützen und darf dabei auch nicht vor der Veränderung eigener Beteiligungsstrukturen zurückschrecken. Die Basis sollte diesen Prozess so gestalten, dass alle Gruppen der jungen Mitglieder Einfluss innerhalb der Organisation nehmen können und nicht im Rahmen sporadisch laufender Projektarbeit von den Strukturen und den darin laufenden gewerkschaftlichen Debatten abgeschnitten sind. Sowohl der Beschluss zur stärkeren Unterstützung der Studierendearbeit als auch der Beschluss zur besseren Beteiligung junger Mitglieder an den gewerkschaftsinternen Strukturen sind Aufgaben, welche die GEW vom Gewerkschaftstag in Düsseldorf mitnimmt. Sie werden in die orga-

nisationspolitische Entwicklung der nächsten Jahre einfließen.

### **Auf gutem Weg: Perspektiven gewerkschaftlicher Erneuerung?**

Wenn an dieser Stelle auch nur auf einen Teil der Beschlüsse des Düsseldorfer Gewerkschaftstages eingegangen wurde, so ergibt sich dennoch klar das Bild einer Gewerkschaft, die sich vom Lehrerverband erfolgreich auf den Weg zur Bildungsgewerkschaft begeben hat. Auf Basis dieser breiteren Aufstellung wird sie nun die gewerkschaftspolitischen Perspektiven ihrer Positionen schärfen müssen. Sofern die GEW es in diesem Zuge schafft, urgewerkschaftliche Forderungen zu erneuern, die nicht nur auf eine Verhandlung von Tarifergebnissen abzielen, sondern mit der umfassenden Forderung nach Demokratisierung ein alternatives gesellschaftliches Projekt in den Blick nehmen, wäre damit kein bloßer Generationenwechsel getan, sondern es wäre eine feine Sache für Jung wie Alt.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Gewerkschaften über den Weg einer solchen Politisierung und der Entwicklung neuer Formen politisch-kulturellen Handelns in Zeiten der Krise zu neuer Handlungsmacht kommen könnten. Bei einem Ziel wie diesem haben wir Studierende – sei es nun als ordentliche oder ehemals außerordentliche Mitglieder – der GEW schon immer außerordentlich gerne unter die Arme gegriffen! Wenn

Ihr Lust habt, uns dabei zu unterstützen, dann werdet in den GEW-Studierendengruppen vor Ort aktiv und macht bei der Studierendearbeit in den studentischen Gremien der GEW mit. Die jeweiligen Anlaufstellen auf Landesebene findet ihr auf der Rückseite der read.me.

*Sven Lehmann ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS)*

### **Dokumentation des Gewerkschaftstages:**

Eine ausführliche Dokumentation des Gewerkschaftstages findet sich unter [www.gew.de/Gewerkschaftstag\\_2013.html](http://www.gew.de/Gewerkschaftstag_2013.html). Alle Antragsmaterialien und die Beschlüsse sind auf dieser Seite abrufbar. Neben der Berichterstattung finden sich dort auch einige Impressionen zum Gewerkschaftstag – so auch eine Videoberichterstattung zu den täglichen Diskussionen und Entscheidungen.



Frauke Gützkow über Aufgaben der Gleichstellung an Hochschulen

# Alles nur ein Frauenproblem?



Die Physikerin Cornelia Denz dozierte am 11.01.2013 in einem Hörsaal der Universität Münster. Denz wurde zur Professorin des Jahres gekürt.

Foto: dpa

**Am 17. September 1787 begehrt man(n) an der Universität Göttingen die Feierlichkeiten zur Verleihung der Dokortitel. Da nur Männer zugelassen sind, kann Dorothea Schlözer, die erste Frau Deutschlands, die in Philosophie promoviert wird, ihre Promotionsfeier nur heimlich durch ein zerbrochenes Fenster verfolgen. Auch wenn wir uns dies heute kaum noch vorstellen können: Noch immer werden Frauen an den Hochschulen benachteiligt.**

Die read.me-Redaktion hat mit Frauke Gützkow darüber gesprochen, wie Benachteiligungen heute aussehen.

*read.me: Die Geschichte von Dorothea Schlözern ist symbolträchtig. Dass einer Frau der Zugang zur eigenen Promotionsfeier verwehrt wird, kommt wohl nicht mehr vor. Wie die Statistiken aber zeigen, ist die Institution Hochschule mit der Benachteiligung von Frauen nach wie vor sehr „erfolgreich“. Lässt sich denn etwas darüber sagen, wo Frauen herausfallen?*

*Frauke Gützkow:* Frauen fehlen tatsächlich nach wie vor an Hochschulen, in den herausgehobenen Positionen, als Professorinnen, als Führungskräfte in der Verwaltung, als Leiterinnen großer Forschungsprojekte. Die Frage ist allerdings, ob sie herausfallen, herausgedrängt werden oder gehen, weil ihnen die Rahmenbedingungen an der Hochschule nicht zusagen.

Klar ist jedenfalls: es muss gegensteuert werden, damit nicht nur unter den Studierenden, sondern auch unter den Beschäftigten die Vielfalt der Gesellschaft sichtbar wird. Frauen wollen nicht nur studieren, sondern die Hochschulen und die Wissenschaft gestalten, ihre Potenziale entfalten.

*Welche Praktiken stehen hinter den Ausschlussformen?*

Ich komme aus dem Rheinland, da sagt man: Gleich zu gleich gesellt sich gern. Der Fachausdruck lautet „homosoziale Kooptation“. Es ist die Wissenschaftskultur, die es Frauen schwer macht, es sind die informellen Hierarchien, Sitten und Gebräuche der Scientific community, ihre Kommunikationsformen. Im wissenschaftlichen Alltagsgeschäft wird die Geschlechterhomogenität Tag für Tag reproduziert. Dein Eingangsbeispiel hat deutlich gemacht, dass Frauen erst sehr spät zur Männerinstitution Hochschule gekommen sind. Sie werden in den oberen Etagen als Fremdlinge wahrgenommen und müssen um ihre Anerkennung als Wissenschaftlerin kämpfen.

*Das Berufsbild Wissenschaftler, Wissenschaftlerin kann also gar nicht geschlechtsneutral sein?*

Berufsbilder und Arbeitskulturen können nicht geschlechtsneutral sein – das gilt für so genannte Frauenberufe ja auch: Männer tun sich schwer, in Kindertagesstätten oder Pflegeeinrichtungen Fuß zu

fassen. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Auch Männer, die nicht als rollenkonform wahrgenommen werden, haben Schwierigkeiten. Gesetzliche Regelungen wie Geschlechterquoten können die dringend nötigen Reflexionsprozesse anstoßen und Frauen zu ihrem demokratischen Recht auf Teilhabe in der Wissenschaft verhelfen.

*Meinst du mit Quote das Kaskadenmodell?*

Ja, es geht um Verbindlichkeit, um Zielquoten, Anreize und Sanktionen. Nach dem Kaskadenmodell hat der Frauenanteil auf einer Qualifikationsstufe mindestens so hoch zu sein wie der Anteil auf der jeweils niedrigeren. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft muss ihre Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards qualitativ weiterentwickeln. Erfolge wie Misserfolge bei der Umsetzung der Standards müssen außerdem enger an die Mittelvergabe gekoppelt werden.

Die Frage nach der Geschlechterdemokratie an den Hochschulen führt uns also zur Frage nach den Produktionsverhältnissen und danach, wie die Leute an den Hochschulen beschäftigt sind.

Die Beschäftigungsverhältnisse an Universitäten kann man nur als anachronistisch bezeichnen: Entweder man ist noch wissenschaftlicher Nachwuchs oder man ist Professorin. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der deutschen

Personalstruktur, das wir dringend überwinden müssen: Postdocs brauchen verlässliche Perspektiven und keine prekären Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit und Befristung. Sie haben bewiesen, dass sie eigenverantwortlich forschen und lehren können.

*Womit könnte man hier ansetzen?*

Da möchte ich nur auf das Templiner Manifest und den Herrschinger Kodex der GEW verweisen, die Wege zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen aufzeigen. Die instabilen und unzuverlässigen Arbeitsbedingungen sind ein zentraler Grund für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft. Hinzu kommt die Institutionenstrukturiertheit des wissenschaftlichen Lebenslaufs – die langen Qualifikationsphasen unter schlechten Rahmenbedingungen. Sie lassen kaum Platz für ein Leben mit Kindern. Von der Wissenschaftspolitik wird ein Menschentyp belohnt, der menschliche Bedürfnisse verdrängt.

*„Lebensform Wissenschaft“ bedeutet also work without balance?*

Wissenschaft als Lebensform ist ein Konzept, das ausgrenzt, eine Humanisierung der Universität als Arbeitsplatz und eine Humanisierung der sozialen Organisationsform Wissenschaft steht an. Es geht um eine lebensweltliche Orientierung der Institution. Immer weniger Frauen und auch

## Lesetipp:

Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.): Hochschule gestalten.

Denkanstöße zum Spannungsfeld von Unterschieden und Ungleichheit



Ähnliches wie die DSW-Sozialerhebung für den Hochschulzugang belegen auch Studien zu Studienverläufen und Karrierewegen in der Hochschule: Es herrscht soziale Ungleichheit und alle wissen es – seit Jahren.

In der derzeitigen Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden Unterschiede als Ungleichheiten akzeptiert. Unter dem Titel „Denkanstöße zum Spannungsfeld von Unterschieden und Ungleichheiten“ geht der neue Band des Jahrbuchs Hochschule gestalten den Grundlagen der Produktion von Ungleichheit nach.

Männer sind bereit, sich der Universität, so wie sie ist anzupassen.

*Wie könnte ein gewerkschaftliches Konzept von Work-Life-Balance aussehen?*

Work-Life-Balance in der Wissenschaft ist mehr als die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Familienfreundlichkeit von Hochschulen. Work-Life-Balance umfasst auch die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Wissenschaftskultur und die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen. Für die GEW geht es um die Verankerung von Work-Life-Balance als Teil des gewerkschaftlichen Kampfes für faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Zur Verbesserung der Work-Life-Balance möchte ich folgende Ziele benennen: Die Ausgestaltung der Karrierewege in der Wissenschaft so, dass sie für Frauen wie für Männer attraktiver werden – aus Gründen der Gerechtigkeit aber auch zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung, die Bekämpfung der mittelbaren Diskriminierung und der verborgenen Vorurteile und Haltungen in wissenschaftlichen Einrichtungen, mehr Flexibilität in der Arbeitsgestaltung, Verbesserung der Work-Life-Balance für alle Wissenschaftler/innen – mit Kindern und ohne Kinder.

*Frauke Gützkow, Vorstandsmitglied für Frauenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*

Von der Kampagnenarbeit zur Vorbereitung eines Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“

# GEW wirkt – ein Bericht aus Hamburg



[www.herrschinger-kodex.de](http://www.herrschinger-kodex.de),  
[www.templiner-manifest.de](http://www.templiner-manifest.de)

**Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsicheren Berufsperspektiven, mangelnder Ausstattung der Arbeitsplätze und einer zunehmenden Arbeitslast. Mit einer breit angelegten Kampagnenarbeit wendet sich die GEW gegen diese Missstände. Nicht nur in der Debatte auf Bundesebene, auch in den verschiedenen Bundesländern trägt diese Arbeit mittlerweile Früchte. Hamburg ist ein Beispiel für diese Entwicklung.**

## Traumjob Wissenschaft auf den Weg bringen

Im Zuge dieser Kampagne organisierte die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hamburg diverse Veranstaltungen zum Thema, die zu einer regen Debatte führten. Während in der Hamburger Bürgerschaft wie auch in anderen Länderparlamenten die dramatische Situation zunehmend erkannt und diskutiert wird und auch der Bundestag in mehreren Debatten ein Problembewusstsein für die Arbeitsplatzsituation der wissenschaftlich Beschäftigten entwickelte, konnte sich die alleinregierende SPD Hamburg in den ersten beiden Regierungsjahren jedoch nicht zu konkreten Maßnahmen gegen das Befristungsunwesen entschließen.

## Aktive Basisarbeit vor Ort

Von Dezember 2012 bis Januar 2013 hat die GEW deshalb gemeinsam mit den wissenschaftlich Beschäftigten der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie, Bewegungswissenschaft (EPB) der Universität Hamburg eine Unterschriftenaktion „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ durchgeführt mit dem Ziel, auf die Probleme bei den Beschäftigungsbedingungen aufmerksam zu machen und konkrete Verbesserungen in der täglichen Arbeitssituation zu erreichen. Hierfür wurden auf den Mittelbau-Treffen der Fakultät Forderungen aufgestellt, die an das Dekanat gerichtet sind. Ge-

Drittmittelstellen die Laufzeit des Beschäftigungsverhältnisses mindestens der Laufzeit des betreffenden Projekts und bei Qualifizierungsstellen mindestens drei Jahre betragen müsse.

Auch dank des Einsatzes vieler Aktiver konnten innerhalb der Fakultät EPB, in der ca. 270 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen tätig sind, 203 Unterschriften gesammelt werden (Soli-Unterschriften von Professorinnen und Lehraufträgerinnen inklusive). In einem anschließenden Gespräch mit der Dekanin wurden die einzelnen Punkte der Unterschriftenaktion gemeinsam diskutiert. Insgesamt entstand der Eindruck, dass das Dekanat durchaus gewillt ist, konkrete Probleme anzugehen – jedoch alle Forderungen, deren Umsetzungen finanzrelevant sind, als nicht realisierbar erscheinen, solange keine klaren Signale (und mehr Geld) von Seite der Behörde für Wissenschaft und Forschung kommen. Im Gespräch wurden auch Erfolge erzielt: Festgestellt wurde, dass keiner der anwesenden Doktorandinnen eine Promotions- bzw. Betreuungsvereinbarung abgeschlossen hat, obwohl dies in der Prüfungsordnung vorgesehen ist. Daraus resultierte die Absprache, dass das Dekanat Vorlagen für solche Vereinbarungen erstellt. Zur Forderung, dass langfristig anfallende Aufgaben in Forschung und Lehre unbefristet besetzt werden, wurde von einer

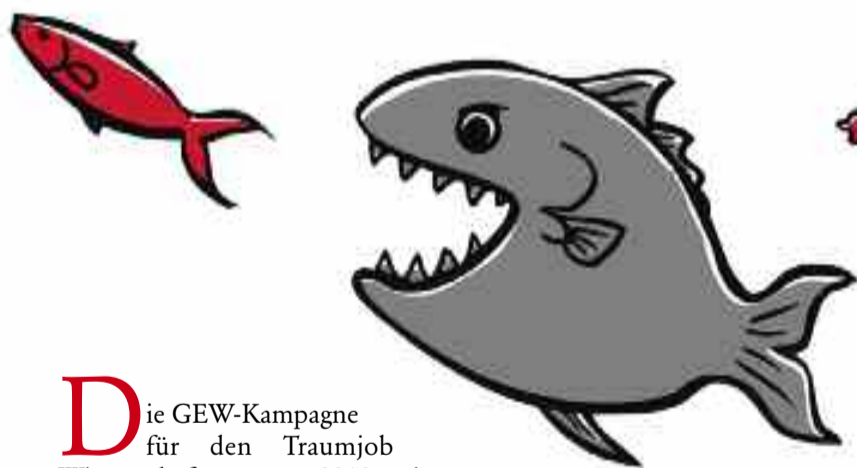
Über die bundesweite Kampagne der GEW für den „Traumjob Wissenschaft“ wächst in der Politik das Bewusstsein dafür, dass gute Forschung und Lehre einerseits und entsprechende Beschäftigungsbedingungen andererseits zwei Seiten einer Medaille sind. Dies ist nun endlich auch in der Hamburger Politik angekommen. Die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) hat im März 2013 eine Arbeitsgemeinschaft „Gute Arbeit an Hamburgs Hochschulen“ einberufen, die in einem „Code of Conduct“ Leitlinien zur Begrenzung prekärer Beschäftigung erarbeiten soll. In dieser AG, die bisher zweimal tagte, sitzen u. a. Vertreterinnen der Beschäftigten der Hochschulen sowie ein Vertreter der GEW. Das Verfahren sieht vor, die jeweils spezifischen Problemkonstellationen der Beschäftigungsgruppen zu identifizieren und Vorschläge zu erarbeiten, wie die Arbeitsbedingungen stabiler und attraktiver gestaltet werden können. Die GEW wird in ihrem Bemühen, vom Albtraum prekärer Jobs an Hochschulen zum „Traumjob Wissenschaft“ zu gelangen, nicht nachlassen.

lungplan der Universität geführte Stellen unbefristet besetzt werden sollen. Parallel zu diesen Aktivitäten vor Ort legte die GEW nach und veröffentlichte im Herbst 2012 den Herrschinger Kodex, in dem sie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen auffordert, sich auf stabile Beschäftigungsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verpflichten. Der Herrschinger Kodex stellt einen Werkzeugkasten zur Umsetzung des Templiner Manifests an Hochschulen und Forschungseinrichtungen dar.

## Hamburg erkennt Handlungsbedarf

Im November 2011 stellte die Grün-Alternative Bürgerschaftsfraktion eine große Anfrage zum Thema Traumjob Wissenschaft? Zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hamburger Hochschulen, in der detailliert nach der Personalentwicklung an den Hamburger Hochschulen gefragt wurde. Seitdem ist das zunehmende Befristungsunwesen an den Hamburger Hochschulen auch empirisch belegt und in der Drucksache 20/7581 der Hamburgischen Bürgerschaft dokumentiert.

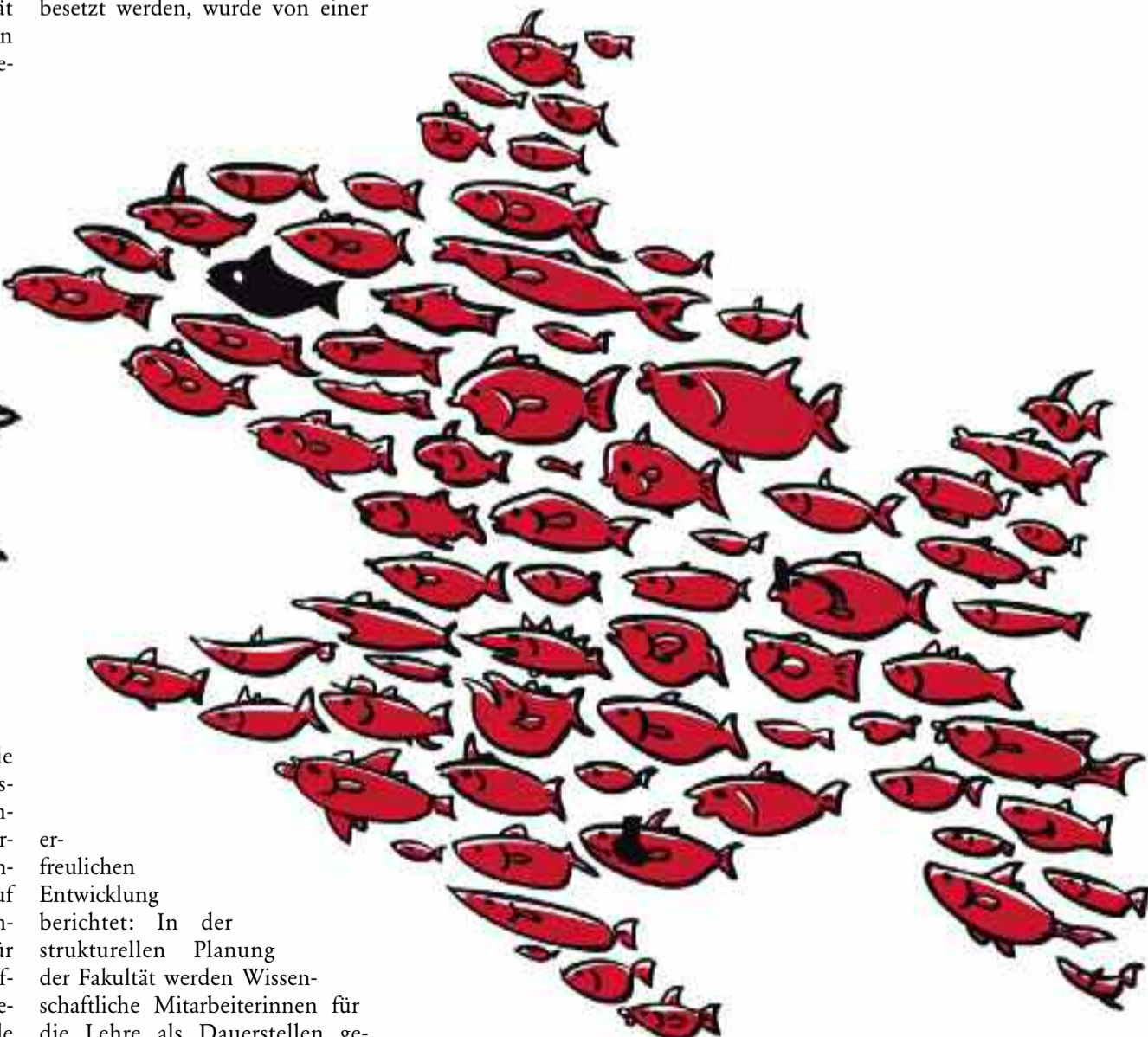
*Fredrik Dehnerdt, Sylvia Lässig und Barbara Scholand sind aktiv in der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hamburg*



Die GEW-Kampagne für den Traumjob Wissenschaft startete 2010 mit dem Templiner Manifest, in dem Bund, Länder und Hochschulen aufgerufen werden, sich für berechenbare Berufswege und bessere Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung stark zu machen. Gefordert wird beispielsweise, die Promotionsphase besser abzusichern und zu strukturieren, um damit Postdocs verlässliche Perspektiven zu geben, Daueraufgaben auf Dauerstellen zu erfüllen, prekäre durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchzusetzen sowie alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich auszuhandeln.

fordert werden unter anderem eine bessere Absicherung der Promotionsphase und die Einführung von Promotionsvereinbarungen, eine familienfreundlichere Gestaltung des Arbeitsvertrages sowie die Anrechnung von Gremientätigkeiten auf die Lehrverpflichtung. Im Zentrum stehen Forderungen für Mindeststandards für Beschäftigungsverhältnisse. So wird gefordert, dass langfristig anfallende Aufgaben in Forschung und Lehre unbefristet besetzt werden, bei

erfreulichen Entwicklung berichtet: In der strukturellen Planung der Fakultät werden wissenschaftliche Mitarbeiterinnen für die Lehre als Dauerstellen geplant. Das heißt für die Zukunft, dass im Struktur- und Entwick-



## Hilfskrafttätigkeiten:

# Karrieresprungbrett oder Basis für Prekarität?

Als Hilfskraft arbeiten an den Hochschulen viele Studierende unter prekären Arbeitsbedingungen und versprechen sich doch etwas davon. Obgleich sich mit der oft schlechten Bezahlung und kurzen Verträgen nämlich kein ökonomisches Kapital anhäufen lässt, spekuliert man doch auf soziales. Die Kontakte zur Professorenenschaft, erste eigene Lehr-erfahrungen an der Hochschule als Tutor\*in oder auch die Möglichkeit zur Mitarbeit an Forschungsprojekten sind einige der Verlockungen, die solche Arbeitsverhältnisse attraktiv machen und dazu führen, dass sich viele Studierende dabei nicht auf schlechte Bezahlung allein, sondern auch noch auf die seltsamsten Ausbeutungsprojekte einlassen.

Der Verzicht auf Urlaub oder die Abschaffung von Weihnachtsgeld sind zum Beispiel nicht unüblich. Auch die gängige Praxis „zum Wohle aller Studierenden“ eine unbezahlte „Extra“-Stunde an der Bibliothekspforte zu sitzen, damit deren Pforten länger öffnen, ist an einigen Lehrstühlen keine Seltenheit. In Zeiten der politisch erzeugten Kassenknappheit gehört all das zum Alltag der staatlich unterfinanzierten Hochschulen. Dass ein Großteil der Studierenden sich nicht sonderlich gut mit ihren Arbeitsrechten auskennt, trägt sein Übriges zur Fortexistenz eines solchen Alltags mit bei, ebenso wie der Irrglaube, dass eine solche Tätigkeit sich als künftiges Sprungbrett für eine wissenschaftliche Karriere erweise. Aufgrund der prekären Stellensituation wird sich das Zukunftsversprechen, das sich viele von ihrer Tätigkeit machen, nur für wenige erfüllen.

Wenn man den Ergebnissen einer Studie der Max-Träger-Stiftung „Zur Situation und Lage von studentischen Hilfskräften und studentischen Beschäftigten“ (Lenger et al. 2012) Glauben schenkt, wird auch der Wunsch nach wissenschaftlicher Weiterbildung – die de jure mit der Tätigkeit verbunden sein sollte – in der Praxis nur bedingt erfüllt. Die Studierenden scheinen sich stattdessen von ihrer Tätigkeit als Hilfskraft eine Art Kompensation dessen zu erhoffen, was an Hochschulen vielfach längst verloren gegangen ist: Des lebendigen Austausches zwischen Lehrenden und Lernenden und der kritischen Auseinandersetzung. Es liegt damit also eine Art Doppelfund vor: die studentischen Beschäftigten wissen, dass die Arbeitsverhältnisse nicht das halten, was sie versprechen, und versprechen sich dennoch Vorteile davon. Christian Schneickert geht diesem Befund in seinem kürzlich erschienenen Buch „Studentische Hilfskräfte und MitarbeiterInnen“ näher nach. Er kommt hierbei zu dem Ergebnis, dass es sich bei Hilfskrafttätigkeiten um eine Sozialisationsbasis für prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt, die zweierlei Dinge leiste: „Erstens, die Reproduktion sozialer Ungleichheit auf dem und durch das wissenschaftliche Feld und zweitens, die Gewöhnung junger ArbeitnehmerInnen an prekäre Arbeitsbedingungen im Sinne des Strukturwandels der gesellschaftlichen Arbeitsformen“.

## Das geht besser!

Um diesen Prekarisierungsprozessen etwas entgegenzusetzen zu können, ist die Unterstützung durch gewerkschaftliche Strukturen notwendig. Sie kann die studentischen Beschäftigten zunächst ein-



mal arbeitsrechtlich qualifizieren und ihnen im Fall der Fälle den notwendigen Rechtsschutz gewährleisten. Die GEW hat einen Ratgeber für studentische Beschäftigte aufgelegt, in dem ein Überblick über die rechtlichen Grundlagen gegeben wird und über den man sich einen Einblick in verschiedene Regelungen und Problem-bereiche verschaffen kann. Mehr und mehr ist heute klar: Nachhaltig organisieren lässt sich die Arbeitswelt nur, wenn die Gewerkschaften gerade auch jene Bereiche in den Blick nehmen, in denen man für prekäre Beschäftigungsbedingungen sozialisiert wird. Es wird also um eine neue Diskussion um gewerkschaftliche Organisationsarbeit gehen müssen. Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW plant gerade ein Bildungsseminar hierzu, um Studierende zu qualifizieren und einen theoretischen Auseinandersetzungsprozess zu diesem Bereich zu ermöglichen. Meldet Euch bei uns, wenn Ihr Interesse habt hieran mitzuwirken!

Sven Lehmann ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS). Kontakt: [bass@gew.de](mailto:bass@gew.de)

Foto: dpa

## Impressum

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft  
Hauptvorstand  
Postfach 900409  
60444 Frankfurt am Main  
Tel.: 069/78973-0  
Fax.: 069/78973-201  
[info@gew.de](mailto:info@gew.de)  
[www.gew.de](http://www.gew.de)

**Redaktion:**  
Dr. Andreas Keller (verantwortlich),  
Marius Klein, Philipp Kranemann,  
Sven Lehmann, Lina Render, Matthias  
Schröder, Sonja Staack, Marco Unger

**Lektorat:**  
Andrea Vath

**Gestaltung:**  
Werbeagentur Zimmermann,  
Hedderheimer Landstraße 144  
60439 Frankfurt am Main

**Druck:** apm AG, Darmstadt

Oktober 2013

## Kontakt zu den GEW-Studis in Deinem Bundesland

**LASS Baden-Württemberg**  
[lass@gew-bw.de](mailto:lass@gew-bw.de)  
[www.gew-bw.de/Studium\\_4.html](http://www.gew-bw.de/Studium_4.html)

**LASS Bayern**  
[lass.bayern@googlemail.com](mailto:lass.bayern@googlemail.com)  
[www.gew-bayern.de/index.php?id=348](http://www.gew-bayern.de/index.php?id=348)

**LASS Berlin**  
[lass@gew-berlin.de](mailto:lass@gew-berlin.de)  
[www.gew-berlin.de/lass.php](http://www.gew-berlin.de/lass.php)

**LASS Brandenburg**  
[lass@studiberatung-potsdam.de](mailto:lass@studiberatung-potsdam.de)  
[www.studiberatung-potsdam.de](http://www.studiberatung-potsdam.de)

**LASS Bremen**  
[gewstudishb.blogspot.de](http://gewstudishb.blogspot.de)  
[www.gew-hb.de/Studierende.html](http://www.gew-hb.de/Studierende.html)

**LASS Hamburg**  
[studis@gew-hamburg.de](mailto:studis@gew-hamburg.de)  
[www.gewstudis.blogspot.de](http://www.gewstudis.blogspot.de)

**LASS Hessen**  
[studierende@gew-hessen.de](mailto:studierende@gew-hessen.de)  
[www.gew-hessen.de/index.php?id=747](http://www.gew-hessen.de/index.php?id=747)

**LASS Mecklenburg-Vorpommern**  
(über den Landesvorstand)  
[landesverband@mvp.gew.de](mailto:landesverband@mvp.gew.de)  
[www.gew-mv.de](http://www.gew-mv.de)

**LASS Niedersachsen**  
[lass@gew-nds.de](mailto:lass@gew-nds.de)  
[www.gew-niedersachsen.de/lass](http://www.gew-niedersachsen.de/lass)

**LASS Nordrhein-Westfalen**  
[lass.nrw@gmx.de](mailto:lass.nrw@gmx.de)  
[www.gewstudisnrw.blogspot.de](http://www.gewstudisnrw.blogspot.de)

**LASS Rheinland-Pfalz**  
[lass@gew-rlp.de](mailto:lass@gew-rlp.de)  
[www.gew-rlp.de/html/arbeits\\_personengruppen/studierende.php](http://www.gew-rlp.de/html/arbeits_personengruppen/studierende.php)

**LASS Saarland**  
[jungegew@gew-saarland.de](mailto:jungegew@gew-saarland.de)  
[www.junge-gew-saarland.de/stud/studenten.htm](http://www.junge-gew-saarland.de/stud/studenten.htm)

**LASS Sachsen**  
[kontakt@lass-sachsen.de](mailto:kontakt@lass-sachsen.de)  
[www.wissenschaft-gew-sachsen.de/node/7](http://www.wissenschaft-gew-sachsen.de/node/7)

**LASS Sachsen-Anhalt**  
[lass@gew-lsa.de](mailto:lass@gew-lsa.de)  
[www.gew-sachsenanhalt.net/index.php?menuid=96](http://www.gew-sachsenanhalt.net/index.php?menuid=96)

**LASS Schleswig-Holstein**  
[Lass\\_sh@yahoo.de](mailto:Lass_sh@yahoo.de)  
[www.gew-sh.de/mitmachen/personenausschuesse/studierendenausschuss](http://www.gew-sh.de/mitmachen/personenausschuesse/studierendenausschuss)

**LASS Thüringen**  
[lass@gew-thueringen.de](mailto:lass@gew-thueringen.de)  
[www.gew-thueringen.de/Studierende\\_LASS.html](http://www.gew-thueringen.de/Studierende_LASS.html)